Die Kirche und die Flüchtlinge – Bischöfe widmen der Migration einen Studientag

22. Februar 2016

Von Michael Jacquemain (KNA)

Schöntal (KNA) Das Flüchtlingsthema allerorten: Während Kanzlerin Angela Merkel (CDU) kurz vor dem EU-Gipfel im Bundestag ihre Regierungserklärung abgibt, ziehen im Kloster Schöntal die katholischen Bischöfe eine erste Bilanz ihres Studientages. Hier wie da die Botschaft: Realismus. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, warnte vor „Dramatisierungen und engstirnigem Gezänk“.

Weil die Bischöfe laut Marx nicht nur „oberflächlich argumentieren, sondern den Dingen auf den Grund gehen“ wollten, hatten sie sich hochkarätige Referenten in den Norden Baden-Württembergs eingeladen. Der Osnabrücker Migrationsforscher Jochen Oltmer sprach über die weltweiten Fluchtbewegungen und ordnete sie geschichtlich ein. Die deutsche Debatte bezeichnete er als „weltvergessen“. Es sei nötig, „die Perspektive zu weiten“. Deutschland und Europa hätten sich in den vergangenen Jahrzehnten wenig um internationale Flüchtlingskrisen gekümmert und so kaum Kenntnisse und Kompetenzen entwickelt. Ähnlich äußerte sich der Beigeordnete Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Volker Türk.

Danach sprachen die mehr als 60 Bischöfe mit Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) und Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) über das Thema. Scholz nannte das Treffen „sehr sachlich und freundlich“, Herrmann „sehr konstruktiv“. Bezeichnend war, dass laut Marx der politisch heiß umkämpfte Begriff „Obergrenze“ nicht in der Diskussion vorkam. Polemik und Herabsetzendes seien nicht hilfreich, Sachlichkeit müsse eintreten, sagte der Kardinal später. Deshalb ging es in der Diskussion um konkrete Einzelfragen: etwa um Familiennachzug oder um Wohnungsbau.

Dass das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Politik nicht immer ungetrübt ist, hatte Ende vergangenen Jahres eine Kontroverse zwischen Ordensoberen und Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) gezeigt. In einem offenen Brief hatten die Kirchenleute eine politische Rhetorik kritisiert, die Geflüchtete ins Zwielicht stelle, anstatt sie zuerst als Mitmenschen zu betrachten, die „unsere Solidarität“ bräuchten. Später kam es zu einem Gespräch, dass die Wogen glätten sollte.

In Schöntal kam indes gar kein Beziehungssturm auf. Für Marx sind die Kirchen keine politischen Akteure, aber sie wollen, dass Lösungen gefunden werden, die den Menschen dienen, „vor allem den Schwachen“. Er präsentierte dazu Zahlen, die die katholische Kirche als wichtige Kraft des zivilgesellschaftlichen Engagements ausweisen: So gaben die 27 Bistümer und kirchlichen Hilfswerke im Vorjahr 112 Millionen Euro für Flüchtlingshilfe aus. Etwa 5.100 Hauptamtliche und 100.000 Ehrenamtliche gäben der kirchlichen Flüchtlingshilfe ein Gesicht.

Solche Gesichter konnten die Bischöfe am Nachmittag sehen: Im Kreuzgang der ehemaligen Zisterzienserabtei präsentierten sich rund ein Dutzend kirchlicher Institutionen: Etwa die Caritas mit einem Therapiezentrum für Folteropfer, der Flüchtlingsdienst der Jesuiten oder das katholische

Siedlungswerk, das Bildungsarbeit in Jordanien unterstützt.

Marx betonte, die Herausforderungen seien immens. Aber staatliche Stellen, Kirchen und Zivilgesellschaft hätten gezeigt, „was unser Land zu leisten vermag, um große Aufgaben erfolgreich zu bewältigen“. Wer nach Europa flüchte, weil er um Leib und Leben fürchten müsse, habe Anspruch auf Schutz und ein faires Verfahren. Marx bezeichnete es als „rote Linie“, Menschen in ein Land zurückzuschicken, wo sie bedroht seien. „Nicht die Mutter mit Kind im Schlauchboot“ sei eine Bedrohung, sondern Krieg und Vertreibung.

Von seinen persönlichen Erfahrungen berichtete Kardinal Francesco Montenegro, zu dessen Erzdiözese die seit Jahren durch Flüchtlingskatastrophen bekannte italienische Insel Lampedusa gehört. Vom Konkreten ins Grundsätzliche soll es am Donnerstag gehen: Zum Abschluss ihrer Frühjahrsvollversammlung wollen die Bischöfe ein Papier veröffentlichen, das Leitsätze der christlichen Flüchtlingshilfe formuliert. Überraschender wäre es, wenn sich an dem Tag auch die EU auf gemeinsame Grundsätze verständigen könnte.

(KNA – qkmlr-89-00184)

Stand: 13. November 2026